

Anwendungsaufgabe 2

Aussagen zu Integration und Einwanderung in Wahlprogrammen als Beispiele für die monokulturelle, multikulturelle und interkulturelle Perspektive.

Monokulturelle Perspektive

Zitat aus dem Hamburger Wahlprogramm, 2025, S. 10f., AFD

„Migrationspolitik muss steuern und begrenzen, anstatt die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft zu befördern. [...]

Die AfD Hamburg wird sich sämtlichen politischen Bestrebungen nach einer so verstandenen „superkulturellen“ bzw. multikulturellen Gesellschaft, und den damit häufig verbundenen Parallelgesellschaften, mit allen rechtsstaatlichen und politischen Mitteln widersetzen. Es steht einer kleinen Gruppe politischer Akteure nicht zu, das Staatsvolk anhand ethnischer Kriterien negativ umzugestalten und darauf hinzuwirken, die Mehrheitsbevölkerung und -kultur aufzulösen. Darüber kann nur das Staatsvolk in seiner Gesamtheit bestimmen.“

Quelle: <https://afd-hamburg.de/wahlprogramm/>

Bereits der Titel des AFD Wahlprogramms in Hamburg lässt eine monokulturelle Perspektive vermuten. Er lautet: „Hamburg wieder normal.“ Somit klingt schon an, dass Hamburg das Maß aller Dinge ist, diejenige ist, die Vorgaben macht und die es zu bewahren gilt. Bestätigt wird diese Sicht der AfD, indem im Text Formulierungen auftauchen, wie: „sich sämtlichen ... Bestrebungen nach einer ... multikulturellen Gesellschaft ... widersetzen“ und „nicht...das Staatsvolk negativ umzugestalten ... die Mehrheits...-kultur aufzulösen.“ Es wird ein starker Drang zur exklusiven Abgrenzung der eigenen Kultur nach außen deutlich.

Multikulturelle Perspektive

Zitat aus dem Hamburger Wahlprogramm, 2025, S.60f., FDP:

„Deshalb fordern wir die Beschleunigung des sogenannten „Spurwechsels“, um Asylbewerber schnellstmöglich zu gut integrierten Bürgern und Steuerzahlern zu machen. Insbesondere die Integrationsprozesse für Arbeitsmigranten müssen digitalisiert und verschlankt werden. Wir halten dabei die bestehenden Anerkennungsverfahren für Fachkräfte mit Ausnahme reglementierter Berufe für weitgehend verzichtbar. Wir leiden in Deutschland unter einem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel. [...] Nach Angaben der Wirtschaftsweisen benötigt Deutschland eine Netto-Zuwanderung von jährlich ca. 400.000 Arbeitsmigranten, um die aktuelle Zahl der Arbeitskräfte beizubehalten. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit 2023 in einer leichten Rezession. Eine pragmatische liberale Integrationspolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Sie kann den Arbeits- und Fachkräftemangel lindern und der Wirtschaft so den nötigen Schub geben.“

Quelle: file:///C:/Users/Jutta/Downloads/Wahlprogramm_B%C3%BCWahl_2025.pdf

Die FDP spricht sich für „gut integrierte“ Asylbewerber in ein bestehendes System aus. Damit ist klar, dass es keine Offenheit gibt, dass etwas Neues entsteht wie bei einer interkulturellen Perspektive. Aber es ist denkbar, dass die zugewanderten Mitbürger in das bestehende System aufgenommen werden, um Lücken zu schließen. Sie sind willkommen mit den Eigenschaften, die in Deutschland gebraucht werden: berufliche Fachkenntnisse und integrierte Steuerzahler. Sie sind willkommen, wo das bestehende von ihrem Kommen profitiert, um weiter als System fest zu bestehen. Sie sind willkommen nach den Regeln der aufnehmenden Kultur. Diese Sicht entspricht einer multikulturellen Perspektive mit, in diesem Fall, Tendenz zur monokulturellen Perspektive.

Interkulturelle Perspektive

Zitat aus dem Hamburger Wahlprogramm, 2025, Die Linke:

- „1. Wir wollen das gute Leben für alle Menschen – egal, wo sie geboren sind.
[...]
- 3. Wir wollen dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete statt Massenunterbringung.
[...]
- 6. Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Migrant*innen bei politischen Entscheidungen.“

Quelle: <https://www.die-linke-hamburg.de/buergerschaftswahl/wahlprogramm/#c6765>

Aus diesen Worten, vor allem aus den ersten zwei Punkten, spricht eine inklusive, interkulturelle Perspektive. Die Linke bringt zum Ausdruck, dass der Asylstatus oder die Herkunft aus einem anderen Land nicht als Argument genutzt werden dürfen, um zu entscheiden, wer an der Gesellschaft in welchem Umfang teilhaben darf. Am Beispiel Wohnraum verdeutlicht Die Linke, dass alle ein Recht auf Wohnungen auf dem offiziellen Wohnungsmarkt haben. Massenunterkünfte als gesonderte Wohnform, die eine räumliche Trennung von Bevölkerungsteilen begünstigen, lehnen sie ab. Diese ausgesonderte Wohnform ist ein Ausdruck von Exklusion. Aktiv fordern sie auch das Mitdenken von den Interessen Zugezogener aus dem Ausland in politischen Entscheidungen. Allerdings weist die Nutzung der Steigerung „stärkere Berücksichtigung“ statt z.B. „umfassende Berücksichtigung“ darauf hin, dass hier Grenzen gezogen werden und nicht die Inklusion umfänglich für diesen Punkt gesucht wird, sondern eher stärkere, politische Integration.